

Keine Zensur des Internets

Die FDP lehnt die Sperrung von Webseiten mittels vom Bundeskriminalamt geführter verpflichtender Sperrlisten ab, da diese Maßnahme nicht geeignet ist, um effektiv die Verbreitung von Kinderpornographie und insbesondere vorangegangenen Missbrauchs von Kindern zu verhindern.

Die FDP fordert stattdessen eine wirksame und konsequente Bekämpfung von Kinderpornographie und Kindesmissbrauch mit allen Mitteln des Rechtsstaats.

Die Sperrung von Seiten im Internet, auf denen sich kinderpornographisches Material befindet, wird dem Ziel nicht gerecht, den Missbrauch von Kindern und die Darstellung des Missbrauchs zu verhindern. Die Sperrungen sind einerseits leicht zu umgehen bzw. werden schon gar nicht wirksam, wenn, was bei der Nutzung des Internets üblich ist, ein fremder, z.B. ausländischer Domain-Name-Server eingestellt wird. Insbesondere aber erfassen sie den Hauptverbreitungsweg kinderpornographischen Materials, nämlich Peer-to-Peer-Netzwerke, schon von vornherein nicht.

Sperrungen von Websites bergen stets die Gefahr von Eingriffen in grundrechtlich geschützte Positionen, wenn versehentlich legale Websites gesperrt werden. Die Erfahrung mit derartigen Sperrungen in anderen Ländern hat gezeigt, dass dies regelmäßig vorkommt.

Mit den geplanten Sperrungen wird die Tür für weitere Regulierung des Internets geöffnet. Wenn im Telemediengesetz die Ermächtigung zu Sperrungen für einen Tatbestand verankert ist, werden weitere folgen. Dies führt zu einem erheblichen Eingriff in die Informations- und Meinungsfreiheit sowie die allgemeine Handlungsfreiheit.

Die FDP steht als Rechtsstaatspartei für konsequente Verfolgung von Straftaten auch im Internet. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und darf dies auch nicht sein. Aber jede staatliche Maßnahme, die ins Internet eingreift, muss sich an rechtsstaatlichen Maßstäben messen lassen.

Notwendig ist stattdessen die konsequente Verfolgung insbesondere von Kindesmissbrauch und von Kinderpornographie. Die Erfolge der Ermittlungsbehörden in Bund und Ländern in diesem Bereich müssen fortgesetzt werden, insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass bei Polizei und Staatsanwaltschaften, die richtigerweise schon heute sehr sensibel auf Anzeigen und Erkenntnisse in diesem Bereich reagieren, ausreichende personelle und sächliche Mittel zur Verfügung stehen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Gerade die IT-Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden muss verbessert werden. Zudem ist es erforderlich, dass die Prävention des Kindesmissbrauchs verbessert wird. Hier sind Eltern, Schulen, Kindergärten, Ärzte und Jugendämter ebenso gefordert wie die Gesellschaft insgesamt. Eine Kultur des Wegschauens darf es nicht geben, sondern Nachbarn oder andere Menschen, die Hinweise auf Kindesmissbrauch haben, müssen ermutigt werden, dies auch regelmäßig zur Anzeige zu bringen.

Inbesondere fordert die FDP:

- Bessere technische, finanzielle und personelle Ausstattung für die Strafverfolgungsbehörden.
- Verbesserung der internationalen Rechtshilfe mit Ländern, bei denen heute noch Defizite in diesem Bereich bestehen.
- Die Unterstützung und aktive Förderung der Bestrebungen der UN, weltweit Kinderpornographie und Kindesmissbrauch strikt zu verfolgen.